

Ergebnisprotokoll

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 28. September 2017
im gr. Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

TOP 1

Ausscheiden von Stadtrat Hans-Dieter Böhringer aus dem Gemeinderat Vorlage: 170/2017

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Stadtrat Hans-Dieter Böhringer scheidet gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 5 GemO aus dem Gemeinderat aus.

TOP 2

Verpflichtung von Frau Christa Rufer als Stadträtin

TOP 3

Zentralklinikum Lörrach

**Mündlicher Bericht über das Projekt (Sachstand, Grobzeitenplan und Ausblick)
durch Frau Landrätin Marion Dammann und Geschäftsführer der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Herrn Armin Müller**

Bericht

TOP 4

Schulentwicklungsplanungsprozess - Antrag zur Einrichtung einer 2. Realschule im Verbund mit einer Werkrealschule am Standort der Hellbergschule Vorlage: 163/2017

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Der Antrag zur Einrichtung einer Verbundschule „Realschule – Werkrealschule“ am Standort der Hellbergschule in Lörrach-Brombach wird trotz der Anregung des Regierungspräsidiums, ihn zurückzuziehen, aufrechterhalten.

2. Die Verwaltung wird beauftragt über die Entwicklung der Schülerzahlen, der Übergangsquoten und der Situation insbesondere an den Sek.-I-Schulen (Werkrealschulen, Gewerbeschulen, Realschulen) regelmäßig zu berichten.

TOP 5

Standorterhalt des Waldorfkindergartens Lörrach durch bauliche Maßnahmen

Vorlage: 119/2017

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Angebotserweiterung des Waldorfkindergartens um eine Krippengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten zu. Außerdem soll eine Kindergartengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten in eine Ganztagsgruppe umgewandelt werden. Diese Angebote sollen im Herbst 2020 - nach voraussichtlichem Abschluss der baulichen Maßnahme - starten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für den Neubau bzw. Sanierung und Erweiterung des Kindergartens im Jahr 2018 zu beginnen und ein Planungsbüro zu beauftragen.
3. Planungsmittel in Höhe von 300.000 € werden hierfür im Haushalt 2018 bereitgestellt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger eine übergangsweise Unterbringung während der Bauphase zu planen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger über die Höhe des Eigenanteils für die Ausstattung des Gebäudes in Verhandlungen zu treten.

TOP 6

Antrag der SPD-Fraktion – Antrag für Sozialklausel im Wohnungsbau

Vorlage: 165/2017

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

1. Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Juni 2017 wird weiter verfolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob durch eine Sozialklausel festgelegt werden kann, dass 30 bis 40 % der gebauten Wohnungen entweder Sozialwohnungen sind oder eine noch fest zulegende Miete pro Quadratmeter nicht übersteigen dürfen.

TOP 7

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Mättle"

- Beschluss zur Aufstellung der Satzung

- Beschluss zur Auslegung gem. § 3 Abs 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 127/2017

Der Gemeinderat fasst einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Für den in Anlage 2 umgrenzten Geltungsbereich wird ein Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB sowie Örtlichen Bauvorschriften im vereinfachten Verfahren mit der Planbezeichnung „Mättle“ aufgestellt.
2. Dem Offenlageentwurf des Bebauungsplanes wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie die Anhörung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

TOP 8

Antrag der Fraktion der SPD - Senser Platz

Vorlage: 174/2017

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt zu, den Antrag der SPD weiter zu verfolgen. Er beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, wie und wodurch die Aufenthaltsqualität auf dem Senser Platz im Rahmen der Planung zum Konzept der Innenstadtgestaltung erhöht werden kann. Die Verwaltung soll hierzu geeignete Maßnahmen aufzeigen.

TOP 9

Forsteinrichtungserneuerung – Ziele der Waldbewirtschaftung

Schaffung von Waldrefugien

Vorlage: 121/2017

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Die vorgeschlagenen Waldflächen werden stillgelegt und als Waldrefugien in die Forsteinrichtungserneuerung 2017 aufgenommen.

TOP 10

Haushaltskonsolidierung 2016 - Tierhaltung im Rosenfelspark

Einsparvorschläge

Vorlage: 103/2017

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kostenreduzierung für Pflege und Betrieb des Rosenfelsparks wird zugestimmt.

Der Gemeinderat fasst bei acht Nein-Stimmen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

2. Der Vorschlag aus der Haushaltskonsolidierung, die Tierhaltung im Rosenfelspark abzuschaffen, wird nicht weiter verfolgt.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Jahr zu berichten, inwiefern weitere Interessengruppen für die Mithilfe bei der Tierpflege gewonnen werden konnten und welche Aktionen gemeinsam mit dem Förderverein Rosenfelspark erfolgt sind.

TOP 11

Stadtbusgutachten

Vorlage: 082/2017

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Bericht des Büros PTV wird zur Kenntnis genommen. Die Stadtwerke werden beauftragt, an den vier in der Vorlage genannten Punkten weiterzuarbeiten und darüber regelmäßig zu berichten.

TOP 12

Information zur Wasserversorgung, Strukturgutachten

Vorlage: 101/2017

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Vom Strukturgutachten zur Entwicklung der Wasserversorgung bis 2040 wird Kenntnis genommen.

TOP 13

Änderung Miet- und Entgeltordnung

Vorlage: 162/2017

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die städtischen Hallen, Säle und sonstigen Räume in städtischen Gebäuden stehen künftig für politische Veranstaltungen nur zur Verfügung, wenn allen Medienvertretern die Teilnahme und Berichterstattung (Fernsehen, Radio, Zeitung, Internet) gestattet wird.
2. Die entsprechende Ergänzung der Miet- und Entgeltordnung (§ 1 Nr. 2 fett hinter-

legt) wird beschlossen.

TOP 14

Konzessionsverfahren Strom;

hier: Informatorische Trennung im zweistufigen Konzessionsverfahren

Vorlage: 148/2017

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die befristete Neubildung von zwei beratenden Ausschüssen mit den Bezeichnungen "Kooperationsausschuss" und „Konzessionsausschuss“. Die Ausschüsse bleiben bis zur Beendigung des jeweiligen Verfahrens bestehen.
2. Der Kooperationsausschuss des Gemeinderates wird beauftragt, das Verfahren zur Suche eines Kooperationspartners auf Grundlage der durch den Gemeinderat beschlossenen Auswahlkriterien zu begleiten und zu überwachen.
3. Der Konzessionsausschuss des Gemeinderates wird beauftragt, das Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession zu begleiten und zu überwachen.